

Thomas Meyer

## Zwischenruf: Ein europäischer Normalfall

### Auf Kriegsfuß mit dem Realitätsprinzip

Die Abspaltung populistischer Linksparteien vom sozialdemokratischen Hauptstrom wird zum Normalfall in Europa. Und zwar selbst dort, wo die Sozialdemokratien mit gutem Erfolg regieren und den Sozialstaat sicher durch die Strudel der ökonomischen Globalisierung steuern. Auch in den skandinavischen Ländern sind Linksparteien seit längerem in den Parlamenten präsent. Jene soziale Modernisierungspolitik, die unvermeidlich wird, wo regierende Linksparteien die Fundamente des Sozialstaats in gründlich veränderter Lage zukunftsfest machen wollen, scheint den Preis der Abspaltung eines sozialkonservativen linken Flügels zu fordern. Das Realitätsprinzip hatte schon immer einen schweren Stand am linken Rand. Die Sehnsucht nach dem besseren Gestern scheint heute zum Utopieersatz zu werden. Der Linkspopulismus schürt sie, um sich an ihr zu nähren.

Nun hängt es freilich sehr von der politischen Klugheit und Überzeugungskraft der sozialdemokratischen Regierungsparteien ab, wie groß der abgespaltene Rest zu werden vermag und welche öffentliche Resonanz er findet. Die SPD hat der Linken das Spiel zu leicht gemacht. Vergeblich freilich wäre jeder Versuch, nun selber die Realität zu verweigern und sich in die Haltung des Ungeschehen Machens zu flüchten. Die LINKSPARTEI ist da, im Osten und im Westen, und wird es vermutlich eine Zeit lang auch bleiben. Linkes Regieren erleichtert das nicht, im Gegenteil. Die Mehrheit »Links der Mitte« ist nur eine der Zahlen, nicht der politischen Konvergenz. Politische Arithmetik besteht ja nicht in der Addition von Wählerstimmen, sondern in der Kombi-

nierbarkeit politischer Absichten. Politische Romantik und moralistischer Überlegenheitswahn dürften den Weg der deutschen LINKSPARTEI zur Regierungsfähigkeit im Bund länger und mühsamer werden lassen als weiland bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

### Dogmatisch aufgeladener Populismus

In Skandinavien schaffen die Linkspopulisten den Spagat zwischen Radikalkritik und der Duldung sozialdemokratischen Minderheitsregierungen, weil sie in eine politische Kultur des Pragmatismus eingebettet sind. Der Moralismus der deutschen LINKSPARTEI hingegen ist dogmatisch aufgeladen und darum letztlich unpolitisch. Eine Kultur der Duldung von Minderheitsregierungen, die zugleich Mindestbedingungen politischer Stabilität gewährleistet, ist hierzulande daher nicht in Sicht. Ein solches Projekt würde, selbst wenn es in der Sache möglich wäre, vermutlich hysterische Debatten auslösen. Eine Art permanenter Kulturkampfstimmung in der politischen Öffentlichkeit dürfte die Folge sein. Angesichts der unklaren Gemengelage zwischen den Richtungen und Milieus der LINKSPARTEI wäre eine auf sie angewiesene rot-grüne Minderheitsregierung ohnehin eine Schlitterpartie, die keinem zu raten wäre. Eine Koalition hingegen würde nicht nur an der mangelnden Regierungsfähigkeit der Linken scheitern, sondern am Überlebenswissen ihrer Führung, damit den einzigen Trumpf aus der Hand zu geben. Jedenfalls heute und morgen.

Was bliebe denn übrig von der LINKSPARTEI mit ihrem unseligen Populismus ohne »Weg mit Hartz 4«, »Raus aus der

NATO«, bedingungsloses Grundeinkommen von 1.500 EURO und »Verzicht auf jeden Einsatz der Bundeswehr außerhalb des deutschen Staatsgebietes«?

### **Zukunft offen?**

Nun gilt ja ohne Zweifel für alle politischen Parteien, vielleicht mit der einzigen Ausnahme des rechten Randes, der durch zahlreiche historische Überraschungen bestens bestätigte Satz: Was nicht ist, kann über Nacht rasch werden. Wir haben bei den GRÜNEN gesehen, auf welche frappante Weise er sich erfüllen kann. Was als innerster Kern der politischen Identität dieser Partei galt, ein scheinbar beinhardt Pazifismus, stand über Nacht zur Disposition, als Regierungspflichten es verlangten. Warum sollte derlei bei der LINKSPARTEI auf die Dauer anders bleiben?

Dafür spricht die Politik ihrer Führung. Sie drückt den ganzen Laden in seiner außenpolitischen Linie und den Grundsätzen der politischen Ökonomie hinter die Positionen zurück, die der pragmatische und reformerische Teil der Partei schon markiert hatte. Nachdem nun in Bremen der erste große Schluck aus der Pulle der populistischen Mixtur Siegestimmung erzeugt hat, schwinden die Aussichten auf das ernüchternde Realitätsprinzip vermutlich wieder. Schlechte Aussichten für rot-rote Kooperation.

Mag sein, dass DIE LINKE sich mit der Zeit neu besinnt, fürs erste scheinen freilich die Ressentiments gegen die Sozialdemokratie unter dem Einfluss ihrer Nestflüchtigen im Westen wieder zu wachsen. Davon lässt sich eine Zeit lang in der unpolitischen Schmollecke gut

leben. Sobald aber die Gestaltungswilligen, von denen es dort viele gibt, Gehör finden und das Realitätsprinzip den Fuß in die Tür bekommt, kann sich alles ändern. Dann müsste die Partei freilich mehr als nur ein paar Lackschäden an jenem linken Moralismus hinnehmen, dem sie ihre Attraktionskraft im Milieu der linken Modernisierungsverweigerer verdankt. Diesen Schmerz wird man, so lange es irgend geht, vermeiden.

Um die wirklichen Modernisierungsverlierer aber muss sich die SPD künftig ganz anders kümmern als in den letzten Jahren. Reale Perspektiven verlässlicher gesellschaftlicher Teilhabe müssen glaubhaft ihr Bild in der Öffentlichkeit und ihr Handeln in der Regierung bestimmen. Überzeugende Begründungen dafür, warum soziale Modernisierungspolitik der einzige Weg zu diesem Ziel ist, wären die Aufgabe einer ständigen Kampagne. Das ist fürs Erste auch die beste Art des Umgangs mit einer LINKSPARTEI, die ja in Wahrheit die Debatte über linke Reformpolitik heute verweigert, weil es bequemer und lohnender scheint, sich über sie in einem wohlfeilen moralistischen Empörungsgestus nur zu erheben. Sie genießt dabei ohne Hemmungen den populären Platzvorteil der schrecklichen Vereinfachung. Dagegen hilft nur Aufklärung – das uralte Erfolgsrezept der wirklichen Linken.

Vielleicht trägt eine solche Debatte dann auch zur Realitätstauglichkeit der LINKEN bei. Bis dahin freilich steht zu befürchten, dass sie davon lebt, durch das Absaugen »verlorener« Wählerstimmen zu verhindern, dass linke Mehrheiten hierzulande in linke Politik umgesetzt werden.